

furrerhugi.



Frühe Kindheit ist entscheidend

BERICHT

SOMMERSESSION 2018

28. Mai – 15. Juni 2018

furrerhugi. ag

Schauplatzgasse 39 | CH-3011 Bern | T +41 31 313 18 48 | F +41 31 313 18 49
Schützengasse 4 | CH-8001 Zürich | T +41 44 251 01 43
Avenue de l'Université 18 | CH-1005 Lausanne | T +41 21 312 16 86
Corso Elvezia 16 | Casella postale 5607 | CH-6901 Lugano | T +41 91 911 84 89
45, Square Ambiorix | B-1000 Bruxelles | T +32 2 235 00 20

info@furrerhugi.ch | www.furrerhugi.ch

1 EINLEITUNG

Im Bereich der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung wurde in der Sommersession nur ein neuer Vorstoss eingereicht. Die Interpellation von Damian Müller betraf die Evaluation und Verbesserung des KJFG.

Doch vor, während und nach der Session lief einiges: Der Nationalrat hat mit 103 zu 89 Stimmen bei 2 Enthaltungen der Parlamentarischen Initiative der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates (WBK-N) zugestimmt. Die Vorlage will das bis 2019 befristete Impulsprogramm für die Schaffung von familienergänzenden Betreuungsstrukturen um weitere vier Jahre verlängern. Das Programm wurde 2003 initiiert und seither mehrfach verlängert, der Bundesrat sprach sich erst kürzlich gegen eine weitere Verlängerung des Impulsprogramms aus, da die familienergänzende Betreuung nicht in die Kompetenz des Bundes falle.

Die Entscheidung war eine Überraschung, da FDP und SVP zusammen eine Mehrheit haben und sich klar gegen eine weitere Verlängerung aussprachen. Doch stimmten beide Fraktionen nicht geschlossen dagegen, damit erfuhr die bürgerliche Mehrheit eine empfindliche Niederlage. Von der FDP-Fraktion stimmten Ready-Träger Christoph Eymann (BS), Laurent Wehrli (VD) sowie Isabelle Moret (VD); von der SVP-Fraktion Roger Golay (MCG/GE), Roberta Pantani (Lega/TI) sowie Lorenzo Quadri (Lega/TI) für die Vorlage. Der Abstimmung vorausgegangen war der umstrittene Entscheid des Bundesrates vom 2. Juni, die Initiative für einen Vaterschaftsurlaub ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen.

Gerade nach der Session, am 22. Juni, hat sich auch die WBK-S für eine Weiterführung des Impulsprogramms für die Schaffung von familienergänzenden Betreuungsstrukturen ausgesprochen. Sie hat den Beschluss mit 6 zu 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen gefasst. Insgesamt sollen für eine Periode von vier Jahren 124,5 Millionen Franken zur Verfügung gestellt werden. Die Pa. Iv. wird nun voraussichtlich in der Herbstsession von Ständerat behandelt.

Kurz vor der Session wurde zudem von der WBK-S auch die Pa. Iv. Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter von Ready-Botschafter Matthias Aebischer (SP/BE) angenommen. Die Pa. Iv. wird am 28. Juni in der WBK-N weiterbehandelt.

2 WICHTIGE BEHANDELTE VORSTÖSSE

An den Bundesrat überwiesen

--

Gesetzesvorlage verabschiedet

--

An Zweitrat

[17.497](#) Pa. Iv. WBK-N: Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung. Verlängerung des Impulsprogrammes des Bundes

Differenzbereinigung

--

Zuweisung an die Kommission zur Prüfung

--

Erledigte, zurückgezogene oder abgeschriebene Geschäfte

[16.3589](#) Postulat Regula Rytz (GP/BE): Bericht über die Diskriminierung von Eltern im Arbeitsmarkt und Aktionsplan als Gegenstrategie

Fragestunde

[18.5394](#) Nadine Masshardt SP/BE: Ist Teilzeitarbeit beim Bund nur noch für Frauen erwünscht?

Artikel 60a BPV ermöglicht Angestellten, bei Geburt eines Kindes jeweils bis zu 20 Prozent zu reduzieren (nicht unter 60 Prozent). 2014 machten etwa gleich viele Frauen und Männer davon Gebrauch. In den höheren Lohnklassen stammten 55 Prozent der Reduktionen von Männern. 2017 waren es total nur noch 30 Prozent Männer.

- Was sind die Gründe für den Rückgang?
- Wie sehen die aktuellen Zahlen aus (nach Lohnklassen/Geschlecht/Ämtern aufgeteilt)?
- Was unternimmt der Bundesrat, um Teilzeit bei Männern wieder zu attraktivieren?

Antwort des Bundesrates vom 11.06.2018:

Die aktuellen Zahlen für die Bundesverwaltung präsentieren sich wie folgt: Lohnklassen 1 bis 23: 75 Prozent Frauen, 25 Prozent Männer; Lohnklassen 24 bis 29: 62 Prozent Frauen, 38 Prozent Männer; Lohnklassen 30 bis 38: keine Reduktion des Beschäftigungsgrads. Weshalb weniger Männer von der Möglichkeit, den Beschäftigungsgrad zu reduzieren, Gebrauch machen, kann der Bundesrat nicht beurteilen. Entscheidend ist aber, dass das Angebot besteht und die Bundesangestellten dies nutzen können. Der Bundesrat erachtet es nicht als angezeigt, Massnahmen zu ergreifen.

3 AUSZUG NEU EINGEREICHTE VORSTÖSSE

[18.3541](#) Interpellation Damian Müller FDP/LU: Verbesserungen des KJFG prüfen

Das Kinder- und Jugendförderungsgesetz KJFG, welches 2013 in Kraft getreten ist, sieht gemäss Artikel 24 eine regelmässige Evaluation der im Rahmen dieses Gesetzes gewährten Finanzhilfen und getroffenen Massnahmen auf ihre Zweckmässigkeit, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit vor. Das Bundesamt für Sozialversicherungen BSV führt diese Evaluation in diesem Jahr erstmals durch. Die Evaluation des KJFG soll auch dazu genutzt werden, neben Verbesserungen in der Umsetzung auch Verbesserungen am Gesetz selber vorzunehmen. Der Interpellant stellt mehrere Fragen zur Ausführung der Evaluation.

4 RELEVANTE GESCHÄFTE IN DEN KOMMISSIONEN

WBK-N	28. Juni	17.412 Pa. Iv. Aebischer Matthias: Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter
SGK-S	28. Juni	18.052 Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub - zum Nutzen der ganzen Familie. Volksinitiative
SGK-N	30./31. August	15.434 Pa. Iv. Weibel (Kessler): Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter

5 PENDENTE UND NEU EINGEREICHTE VORSTÖSSE

Hinweise

- In der Sommersession 2018 neu eingereichte Vorstösse sind in kursiver Schrift aufgeführt.
 - Diese stehen teilweise erst in Französisch oder Italienisch zur Verfügung.
- [18.3541](#) *Interpellation Damian Müller FDP/LU: Verbesserungen des KJFG prüfen*
- [18.3257](#) Postulat Nadine Masshardt SP/BE: Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken. Mehr familienergänzende Betreuungsplätze dank geteilter Finanzierung
- [18.3256](#) Interpellation Irène Kälin GP/AG: Jobsharing in Kaderfunktionen und politischen Exekutivämtern
- [18.3255](#) Interpellation Irène Kälin GP/AG: Ersatz für Bundesparlamentarierinnen und -parlamentarier bei Mutterschaft/Vaterschaft und längerer Krankheit
- [18.3103](#) Postulat Nadine Masshardt SP/BE: Kinder-Gutschrift statt Kinder-Abzug bei den Steuern
- [17.3500](#) Postulat Mathias Reynard SP/VS: Chancengerechtigkeit. Welchen Einfluss hat das Schulsystem?
- [17.3553](#) Postulat Erich von Siebenthal SVP/BE: Unzulässige Verschreibung von Neuroleptika an Kinder
- [17.412](#) Parlamentarische Initiative Matthias Aebischer SP/BE: Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter
→ *Initiative wird Folge gegeben, 12.01.2018*
→ *WBK-S Zustimmung, 14.05.2018*
- [17.3091](#) Postulat Yvonne Feri SP/SG: Bericht über die Notwendigkeit, Nutzbarkeit, Finanzierung von Familienzentren
- [16.3804](#) Postulat Barbara Schmid-Federer CVP/ZH: Bedarfsabhängige Kinderzulagen als gezielte Massnahme zur Bekämpfung der Familienarmut
- [16.3589](#) Postulat Regula Rytz GP/BE: Bericht über die Diskriminierung von Eltern im Arbeitsmarkt und Aktionsplan als Gegenstrategie
→ *Abgeschrieben, 15.06.2018*
- [13.478](#) Parlamentarische Initiative Marco Romano CVP/TI: Einführung einer Adoptionsentschädigung
→ *Fristverlängerung bis Sommersession 2019*
- [15.434](#) Parlamentarische Initiative (Kessler) Thomas Weibel GLP/ZH: Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter
→ *SGK-S Zustimmung, 30.08.2016*
- [17.3860](#) Motion Isidor Baumann CVP/UR: Familienzulagen. Für eine faire Lastenverteilung
→ *Ständerat Annahme, 15.03.2018*
- [17.497](#) Pa. Iv. WBK-N: Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung. Verlängerung des Impulsprogrammes des Bundes
→ *WBK-S Zustimmung, 19.01.2018*
→ *Annahme Nationalrat, 12.06.2018*